

**ANTRAG 05:**

**INITIATIVE WOHNEN**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN  
SONNTAG, 15.04.2018**

**CDU**

FRAKTION  
BERLIN

Die gesetzlichen Grundlagen für Mietwohnungen in deutschen Metropolen müssen an die Lebenswirklichkeit angepasst werden

Die CDU Fraktion wird sich auf bundesgesetzlicher Ebene (bei der Bundestagsfraktion der CDU/ CSU) dafür einsetzen, Instrumente zu erarbeiten, die willkürliche Mieterhöhungen in den angespannten Wohnungsmärkten der deutschen Großstädte strikt unterbinden.

Dabei kann die Einrichtung einer Ombudsstelle beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eine Lösung für Beschwerden von Mietern sein.

Insbesondere das systematische Aushöhlen gesetzlicher Vorschriften darf der Gesetzgeber nicht tolerieren.

Dabei sollen sowohl für die eindeutige Regulierung der Nebenkosten, als auch für Mieterhöhungen bei Wohnungsmietverträgen gesetzliche Maßnahmen geprüft werden.

### **Begründung**

In Berlin und dem engeren Verflechtungsraum herrscht derzeit ein massiver Mangel an Mietwohnungen, insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Der Neubau muss mit zusätzlichen Entbürokratisierungsinitiativen und intelligenten Fördermodellen angekurbelt werden.

Einige Vermieter nutzen diese Situation aus, um bei der Erhöhung der Nebenkosten, bei Renovierungen bzw. Sanierungen, aber auch mit völlig unverhältnismäßigen Mieterhöhungen gesetzliche Vorgaben auszuhebeln oder zu umgehen. Hierfür bedarf es – außerhalb der bisher vorhandenen Gesetze wie beispielsweise der Mietpreisbremse – Lösungen, um defartige Auswuchtungen zu unterbinden.

Die CDU Fraktion wird sich dabei mit den für Bau- und Rechtspolitik zuständigen Abgeordneten im Deutschen Bundestag beraten um gemeinsam intelligente Modelle zu erarbeiten, die derartigen Vorgehensweisen entgegenwirken.

**Herausgeber:** CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin  
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65